

Jetzt redet die Jugend mit

Juni fand im Neufahrner Jugendzentrum (JUZ) Jugendversammlung statt.

einer Pause von fast fünf Jahren hatten Jugendliche die Gelegenheit, mit dem Bürgermeister in Kontakt zu treten und ihre Anliegen vorzutragen. Organisiert wurde dieses Treffen von JUZ-Leiterin Uli Thalmeier und einem Team in Zusammenarbeit mit mir als Jugendreferent. Bei einer Jugendversammlung geht es darum, Jugendlichen zu zeigen, dass ihre Ideen und Interessen bei den Vertretern der Gemeinde ernst genommen werden und auch Auswirkungen auf die reale Politik im Ort haben. Dies umzusetzen war mir als Jugendreferentin ein besonderes Anliegen.

Jugendlichen in der Gemeinde zwischen 14 und 18 Jahren wurden durch einen Brief des Rathauses eingeladen. Etwa 50 Interessierte kamen. Nach einer lockeren Begrüßungsrunde mit Fußball-WM-Tippabgabe und Andenken an den Lieblingsplatz in Neufahrn konnten in einer Point-Präsentation aktuelle Projekte und Orte der Gemeinde betrachtet werden. Schon hier entwickelten die ersten Fragen aus den Besucherreihen, so zum Beispiel nach Basketballkörben, dem Bolzplatz und der Spielanlage, aber auch zu einer Busverbindung nach Murnau. Beim anschließenden Pizzaessen wurden weitere Themen erörtert, und die Teilnehmer hatten Gelegenheit, Positives und Negatives zu Neufahrn auf Postkarten an Pinnwände zu heften.

Im nächsten Jugendversammlungszyklus werden die Anregungen und Themen ausgearbeitet. In der nächsten Jugendversammlung im Herbst werden dann die ersten Fortschritte gezeigt werden, und in weiteren Gesprächen kann aktiv an aktuellen Ideen gearbeitet werden. Die Einrichtung einer Jugendversammlung ist eine Errungenschaft für unsere Gemeinde, die den Menschen die Gelegenheit gibt, sich direkt in die Gemeindepolitik einzubringen und ein positives Erscheinungsbild Neufahrns zu entwickeln.

Ulla Schablitzki, Jugendreferentin der Gemeinde

Eine Mensa für die Mittelschule

Manchmal ist es gut, einen bestehenden Beschluss nochmals zu überdenken. So auch bei der langersehnten Mensa unserer Jo-Mihaly-Mittelschule.

Die Mensa als Ersatz für die Container am Eingang wurde zunächst im östlichen Teil des Gebäudes geplant. Das hätte bedeutet, dass den Schülerinnen und Schülern eine Ausweich-Freifläche genommen worden wäre. Dieser Beschluss wurde aufgehoben. Dafür wird der Eingangsbereich neu gestaltet, das Dach wird angehoben und das Gebäude auf gleicher Ebene nach Westen erweitert. Im Anschluss nach Süden entsteht an diesem Vorbau der Mensa- und Küchentrakt, für den die jetzigen Container weichen. So entstehen gleichzeitig mit der Mensa eine größere Aula für Veranstaltungen und ein behindertengerechter Eingang.



Die SPD-Fraktion ist mit dieser Lösung sehr zufrieden: Bereits im Jahr 2010 hatte die SPD eine Mensa für die Mittelschule gefordert. Es hat leider acht Jahre gedauert.

Ulla Schablitzki

Nach jahrelangen Diskussionen: Neufahrns Sozialwohnungen werden saniert Eine (fast) unendliche Geschichte

Für die SPD-Fraktion im Neufahrner Gemeinderat war die Diskussion spannend bis zum Schluss, doch dann beschloss das Gremium mit denkbar knapper Mehrheit von einer Stimme, dass die 17 gemeindeeigenen Wohnungen im Süden aus den 70er Jahren saniert werden.

Vorausgegangen waren Diskussionen, Anträge, Verschiebungen. Wieder und wieder wurde von anderen Fraktionen ein Verkauf und Neubau ins Spiel gebracht, trotz eines gegenteiligen Beschlusses aus dem Jahr 2012. Für die fast 50 Bewohner hätte das eine unsichere Zukunft bedeutet, denn in der Regel werden solche Wohnungen aufgekauft, saniert und die Mieten sind anschließend nicht mehr erschwinglich.

Bereits im Jahr 2011 hatte die SPD einen Antrag gestellt, die Sanierungsmöglichkeiten zu prüfen, der damals einstimmig angenommen wurde. Danach wurde die nötige Summe im Haushalt eingestellt, die Sanierung aber jedes Jahr geschoben. „Lasst uns doch neu bauen“, ja, das liest sich gut. Sehr gerne, auch mit den Stimmen der SPD, dann aber zusätzlich zu unseren 17 Wohnungen, denn die werden dringend gebraucht. Die Gemeinde wird nun über eine Million Euro in die Sanierung stecken, dafür aber auch 30 Prozent an Förderung erhalten, ein Neubau in dieser Größe wäre mindestens dreimal so teuer geworden.

bf

Herausgeber: SPD-Ortsverein V.i.S.d.P.: Karlhans Warth, Amsehweg 13, 85375 Neufahrn, Gestaltung: Ingrid Schöler, Druck: druckerei.de

Neufahrn
SPD
...genau zum
SPD-
Frühschoppen
„Weißwurst mit Musik“
mit „2 Sax to go“
(Jaro Ponsé und Radek Novak)
... und nutzen Sie die Gelegenheit,
Markus Grill (Landtagskandidat)
und
Victor Weizenegger (Bezirkstagskandidat)
kennen zu lernen.
Sonntag, 5. August 2018, von 10–12 Uhr
im Biergarten der Gaststätte Maisberger,
Bahnhofstr. 54, 85375 Neufahrn
(bei Regen ziehen wir in die Gaststätte um)



P.I.N.

Politik in Neufahrn

Sept. 2018—36. Jahrgang

Projekt LabCampus am Flughafen: Eine Bedrohung für das Umland

Der Flughafen auf Suche nach neuen Geldquellen durch Mieteinnahmen und Dienstleistungen: Auf 500 000 Quadratmetern sollen 20 000 Arbeitsplätze entstehen, mittendrin ein „Isar-Boulevard“ mit Gastronomie und Geschäften.

Wer bei diesen Plänen in Begeisterung ausbricht, sollte zunächst innehalten und überlegen, was das für die umliegenden Gemeinden bedeutet. Neufahrn beispielsweise hat keinerlei Gewerbesteuererinnahmen durch den Flughafen, muss aber die Folgelasten tragen.

Der Neufahrner Gemeinderat hat mit den Stimmen der SPD die Pläne scharf kritisiert. Ein Auszug aus seiner Stellungnahme:

„Durch eine solche gewerbliche Flächenentwicklung am Standort Flughafen mit einer Branchenausrichtung auf hochqualifizierte Arbeitsplätze und in dieser Größenordnung tritt der Flughafen in massive Konkurrenz zu den Kommunen im Umfeld des Flughafens. Es wird ihnen deutlich erschwert, eine erfolgreiche Ansiedlungspolitik attraktiver Gewerbebetriebe durchführen zu können. Gleichzeitig bürdet der Flughafen den Umlandkommunen alle städtebaulichen Folgelasten auf. 20.000 Arbeitsplätze bedeuten 20.000 Menschen zusätzlich, die täglich durch das Flughafenumland in Richtung Flughafen zur Arbeit fahren werden. Diesem weiteren Anwachsen der Verkehrsströme ist die Verkehrsinfrastruktur in keiner Weise gewachsen. Dies wird eine immer größer wer-

dende Belastung der Lebensqualität in den betroffenen Gemeinden zur Folge haben.

Wenn diese 20.000 Arbeitnehmer nach und nach mit ihren Familien in das Umfeld ihres Arbeitsplatzes ziehen, führt dies zu einer starken zusätzlichen Nachfrage nach Wohnraum. Grund und Boden als Bauland sind bereits jetzt durch den allgemeinen Zuzug in die Region München ein extrem knappes Gut geworden und nur noch zu hohen Preisen zu erwerben. Die Mieten und Kosten für Wohneigentum werden weiter rasant steigen und für wachsende Anteile der Bevölkerung nicht mehr erschwinglich sein.

Ebenso steigt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kleinkinder und Schüler. Die jetzt schon angespannte Lage in den kommunalen Einrichtungen wird sich weiter verschärfen. Der Arbeitsmarkt ermöglicht es schon seit Jahren nicht mehr, eine ausreichende Zahl an qualifizierten Mitarbeitern für diese Einrichtungen zu finden. Die Kapazitäten der Kommunen, zusätzliche Einrichtungen zu schaffen, sind ebenfalls bereits jetzt bis zum Anschlag ausgelastet.“

Zusammengefasst bedeutet das: Der Flughafen verdient, die Gemeinden müssen dafür bluten.

Beate Frommhold-Buhl



irness und Transparenz: So werden Neufahrns Sozialwohnungen vergeben

nächst sind die 15 gemeindeeigenen Wohnungen hinter der Bahn bezugsfertig. Für die SPD Neufahrn ein wichtiger Schritt als Einstieg in den Bau bezahlbarer Wohnungen für Menschen, die bei den sprunghaft steigenden an Ort nicht mehr mithalten können.

Bedarf ist enorm, die Warteliste lang. Fairness und sparsamkeit bei der Vergabe dieser Wohnungen sind ein Ziel. Deshalb wurden „Vergaberichtlinien für kommunal-gebaute Mietwohnungen“ erstellt. Bewerber sammeln Unterlagen, ähnlich wie bei Einheimischen-Modellen. Diese Richtlinien gibt es zum Beispiel für die Dauer des Hauptwohnplatzes in Neufahrn ab dem 6. Jahr, oder die Dauer des Arbeitsplatzes ab dem 11. Jahr, für Familien mit kleinen Kindern, für Alleinerziehende, Pflegebedürftige je Pflegegrad. Zwingende Voraussetzung ist es, über einen Wohnberechtigungsschein zu verfügen, womit ge-

währleistet ist, dass die Bewerber auch tatsächlich ein sehr geringes Einkommen haben. Rechtzeitig vor Ablauf von drei Jahren nach Abschluss des Mietvertrags muss der Mieter nachweisen, dass er nach wie vor bedürftig ist. Ist das nicht der Fall, wird die Miete angehoben.

Diese Richtlinien gelten auch, wenn Gemeindewohnungen im Neufahrner Süden frei werden. bf

Auf der **Homepage der Gemeinde Neufahrn** sind die Vergaberichtlinien im Einzelnen nachzulesen:
www.neufahrn.de

Erfolg der Seniorenbefragung: Eigene Anlaufstelle

zufrieden sind die Neufahrner Seniorinnen und Senioren? Was fehlt in der Gemeinde, was könnte man besser machen? Wo drückt der Schuh?

Um das herauszufinden, beantragte ich als Sozialreferentin im Gemeinderat eine Befragung zur „Lebensqualität der Menschen ab 60 Jahren“. Eine derartige Befragung wurde in Neufahrn erstmalig durchgeführt, und ihre Ergebnisse sind ein Leitfaden für politische Entscheidungen sein. Ich werde mich als Sozialreferentin einsetzen.

1. Fragebögen mit 34 Fragen wurden verschickt, bei denen 70 Prozent lag die Rücklaufquote. Die Auswertung war eine echte Herausforderung, denn 93.000 Antworten in Kombinationen mussten analysiert und zusammengestellt werden.

2. Anders erfreulich: Viele der Befragten zeigten sich zufrieden und leben gerne in unserer Gemeinde. Dennoch ergab sich eine lange Wunschliste mit Verbesserungsvorschlägen:

3. Zuobern auf dieser Liste: ein Augenmerk für Neufahrn, den es seit über zehn Jahren bei uns nicht mehr gibt. Eine große Rolle spielt der Verkehr, viele der Befragten wünschen sich weitere Verkehrsmaßnahmen im Ort, mehr Licht in manchen Ecken, Sitzbänke zum Ausruhen, genügend breite und ebene Gehsteige. 55 Prozent der Befragten wünschen sich, auch im Alter in der eigenen Wohnung bleiben zu können, doch auch Wunsch nach betreutem Wohnen wurde häufig geäußert. Auffallend war, dass viele nur vom Hörensagen wissen, wo welche Beratungsangebote oder Veranstaltungen es in der Gemeinde gibt.

4. Bei der Auswertung der Befragung besprach ich mit dem Gemeinderat, eine Teilzeitstel-

le mit 14 Stunden den Senioren zu widmen, auch Beratungsstunden sind geplant. Besetzt wurde diese Stelle mit Herrn Peter Ketzer-Yilmaz, dem Mitarbeiter im Rathaus, der die Auswertung der Befragung durchgeführt hat.

Beate Frommhold-Buhl, Sozialreferentin der Gemeinde

So erreicht man die neue Stelle:
Per Telefon: 08165 9751-199
oder per Email: senioren@neufahrn.de



Ein „Radl-Parkhaus“, wie am U-Bahnhof Kieferngarten in München, könnte auch in Neufahrn die Stellplatzsituation am Bahnhof verbessern. Hier würden mehr Pendler auf der gleichen Fläche einen Stellplatz für ihr Rad finden - überdacht und mit besserem Diebstahlschutz.

Weitere Themen und Informationen der SPD Neufahrn finden Sie auf unserer Homepage und auf facebook

Neufahrn

SPD



www.spdneufahrn.de

facebook.com/spd.neufahrn

Streit um das neue Psychiatrie-Gesetz

Im Frühling wurde das von der Bayerischen Staatsregierung geplante Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) in den Medien breit diskutiert. Die Empörung war groß, Markus Söder legte seine erste Kehrtwende als Ministerpräsident hin. Was steckt eigentlich dahinter?

Aktuell ist die Unterbringung von psychisch kranken Menschen noch durch das Unterbringungsgesetz von 1992 geregelt, das durch die Entwicklungen der letzten 25 Jahre in der Psychiatrie längst nicht mehr zeitgemäß ist. So fehlen z.B. präventive Maßnahmen oder der psychiatrische Krisendienst. Die betroffenen Fachverbände und die sieben Bayerischen Bezirke als Träger der psychiatrischen Einrichtungen verlangen schon seit Jahren ein neues Gesetz.

Im ersten Teil des neuen Gesetzes sind alle Maßnahmen zur Prävention und Hilfe für Betroffene geregelt. Er sieht unter anderem die flächendeckende Einführung des psychiatrischen Krisendienstes in ganz Bayern vor. Dieser Teil stieß seitens der Fachverbände, der Bezirke und auch der Opposition im Landtag auf Zustimmung.

Im zweiten Teil sind die Maßnahmen des bisherigen Unterbringungsgesetzes aufgeführt und hier setzt auch die massive öffentliche Kritik an. Menschen, die zwangsweise psychiatrisch untergebracht sind, würden danach wie Straftäter behandelt. Das geht bis zur Videoüberwachung bei Besuchen oder der Kontrolle intimer Körperöffnungen. Kritiker sehen das als unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre Betroffener. Der zweite wesentliche Kritikpunkt ist die Unterbringungsdatei für Menschen, die zwangsweise in psychiatrischer Behandlung waren. Patientendaten und Diagnose sollten dort für fünf Jahre gespeichert werden.



Zugriff auf diese Datei hätte unter anderem jede bayerische Polizeidienststelle gehabt.

Nach Protesten der Bezirke, der beteiligten Fachverbände und der Opposition wurde jetzt entschieden: Die Unterbringungsdatei fällt ersatzlos weg. Trotzdem soll bei einer Entlassung eines zwangsweise eingewiesenen Patienten nach wie vor

die örtliche Polizeiinspektion informiert werden. Und ganz wesentlich: Im Gesetzentwurf steht jetzt die „Hilfe“ gleichrangig mit der „Gefahrenabwehr“.

Für mich ist klar, dass eine Staatsregierung, die Unschuldige unter Generalverdacht stellt und psychisch Erkrankte, die Hilfe brauchen, wie Schwerverbrecher behandeln möchte, bei der nächsten Wahl in ihre Schranken gewiesen werden sollte.

Victor Weizenegger
SPD-Bezirkstagskandidat im Stimmkreis Freising

Telefonnummer des psychiatrischen Krisendienstes:
0180 / 655 3000

Neues Bodenrecht für bezahlbaren Wohnraum

Fakt ist: Wir benötigen in den nächsten fünf Jahren in Bayern mindestens 100.000 neu zu bauende bezahlbare Wohnungen, ein Großteil davon im Süden im oberbayerischen Raum.

Im Wahlprogramm der BayernSPD steht dazu, dass wir eine neue landeseigene Wohnungsbaugesellschaft anstreben. Diese Gesellschaft muss wirksam vor Privatisierung geschützt werden, damit sich ein Desaster, wie es Markus Söder und die CSU mit den 32.000 verkauften GBW-Wohnungen angerichtet haben, nicht noch einmal wiederholen kann. Daneben sind viele weitere Maßnahmen gefordert.



Mir ist ein Punkt ganz wichtig: eine bundesweite Änderung beim Bodenrecht. Das ist kein sozialistisches Experiment, sondern urdemokratische Politik. Selbst CDU und CSU haben noch in den 70er Jahren derartige Initiativen in ihren Programmen gehabt. Wirklich umgesetzt wurden diese Dinge aber leider nie. Die Explosion der Baulandpreise durch Spekulation ist ein Hauptverursacher der so

stark gestiegenen Kosten für Mieten und Eigenheime in Regionen wie der unsrigen. Wo ein Quadratmeter Bauland inzwischen 1.000 €, 1400 € oder gar noch mehr kostet, ist für Normalverdiener Wohnen zunehmend unmöglich geworden.

Hier müssen im Bundesrat endlich neue Wege beschritten werden. Ich unterstütze die Ideen und Konzepte des früheren Münchner Oberbürgermeisters und Bauministers in der Regierung von Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel. Er sagt: Städte und Gemeinden müssen mehr Einfluss auf die Entwicklung von Bauland bekommen. Wertsteigerungen dürfen nicht allein den Grundstücksbesitzern nutzen. Auch die Allgemeinheit muss endlich davon profitieren und damit Mieter und normal verdienende Bauherren, z.B. junge Familien.

Boden ist – genauso wie Wasser und Luft – eine Ressource, die der Allgemeinheit zu Gute kommt. Spekulation mit diesen Ressourcen ist unethisch und unsozial. Hier muss die Aussage von **Artikel 161 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung** mit Leben erfüllt werden:

„Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- und Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.“

Für dieses Langzeitprojekt werde ich persönlich als Ihr Abgeordneter kämpfen!

Herzlichst, Ihr
Markus Grill, SPD-Landtagskandidat, Stimmkreis Freising